





CALL FOR PAPERS:

"Fundamente im Öffentlichen Recht: Zwischen Tradition und Fortschritt"

15. Tagung der österreichischen Assistent*innen des Öffentlichen Rechts 18. bis 20. September 2025, Universität Graz

Das öffentliche Recht bewegt sich zunehmend im Spannungsfeld zwischen der Bewahrung bewährter Prinzipien und der Notwendigkeit, sich an neuartige gesellschaftliche, technologische und politische Entwicklungen anzupassen. So wie sich unser Staatsverständnis vom Nachtwächter- über den Leistungs- bis hin zum Gewährleistungsstaat weiterentwickelt hat, so lässt sich auch im Öffentlichen Recht ein analoger Transformationsprozess beobachten. Angesichts dieser dynamischen Veränderungen stellt sich die zentrale Frage, wie die Fundamente des Öffentlichen Rechts – verwaltungsrechtliche und verfassungsrechtliche Strukturen, Rechtsinstitute und Grundsatzentscheidungen – ihre Relevanz und Stabilität bewahren und gleichzeitig den Anforderungen dieses Wandels gerecht werden können.

Zu diesem Anlass laden wir Nachwuchswissenschaftler*innen im Öffentlichen Recht ein, durch ihre Forschungsbeiträge zu demonstrieren, wie sie an die Fundamente des Öffentlichen Rechts anknüpfen, auf diesen aufbauen, diese (um-)interpretieren, hinterfragen oder fortentwickeln.

Die 15. Tagung der österreichischen Assistent*innen im Öffentlichen Recht steht unter dem

Generalthema "Fundamente im Öffentlichen Recht: Zwischen Tradition und Fortschritt" und

widmet sich dem Spannungsfeld zwischen etablierten Prinzipien und neuen

Herausforderungen – mit besonderem Fokus auf das öffentliche Recht in der Trias von

GESTERN, HEUTE und MORGEN.¹

GESTERN:² Die Auseinandersetzung mit den Fundamenten des Öffentlichen Rechts führt

unweigerlich zurück zu den Ursprüngen moderner Staatlichkeit und den historischen

Rahmenbedingungen, unter denen unsere Verfassungsordnung entstand. Neben den explizit

im Verfassungstext verankerten Grundpfeilern haben sich im Laufe der Zeit durch

Rechtsprechung und Lehre weitere dogmatische Grundsätze herausgebildet. In ihrer

Gesamtheit und unter Betrachtung ihrer verschiedenen Aspekte ergänzen sie sich gegenseitig

und bilden dabei die "Fundamente des Öffentlichen Rechts". Aufgabe einer jungen

Rechtswissenschaft muss es sein, diese Ideale nicht nur zu verstehen und zu reproduzieren.

Vielmehr gilt es, sie kritisch zu hinterfragen und im Lichte der gegenwärtigen

Herausforderungen neu zu interpretieren.

HEUTE:³ Zahlreiche gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Umbrüche der Gegenwart

erfassen das Öffentliche Recht und verändern es nachhaltig. Das Themenspektrum reicht dabei

von A wie "Amtshaftung" (Wann begründen "geleakte" Chatverläufe einen

Amtshaftungsanspruch?) über R wie "Rundfunkfreiheit" (Wie kann die Unabhängigkeit des

ORF gewährleistet werden?) bis hin zu Z wie "Zahlungsmodalitäten" (Verfassungsrechtlicher

Schutz von Bargeld?). Die aktuelle wirtschaftliche, politische und rechtliche Lage fungiert hierbei

¹ Zur Veranschaulichung finden sich nachfolgend ausgewählte Publikationen von

Universitätsassistent*innen der Universität Graz.

² Gosch, The Emergence of Constitutionally Conforming Interpretation, ICL Journal 2025

(Veröffentlichung bevorstehend), abrufbar unter < https://doi.org/10.1515/icl-2024-0031>.

³ Krasser, Compulsory Vaccination in a Fundamental Rights Perspective: Lessons from the ECtHR, ICL Journal 2021, 207, abrufbar unter https://doi.org/10.1515/icl-2021-0010; Zankel, Das Amtsende

von Gemeindeorganen in der Steiermark, RFG 2022, 28.

Organisationskomitee

15. Tagung der österreichischen Assistent*innen des Öffentlichen Rechts Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft | Universität Graz

als Rahmenwerk unser aller Forschung. Sie bietet zugleich Anlass und Gelegenheit, den Status

quo des öffentlichen Rechts zu reflektieren und neue Perspektiven für seine Weiterentwicklung

zu eröffnen.

MORGEN: Der rasante technische Fortschritt stellt die Anforderung an den Gesetzgeber, nicht

nur auf die damit verbunden Chancen und Risiken zu reagieren, sondern diese auch zu

antizipieren. Entwicklungen wie Blockchain, Robotics oder Non-Fungible-Tokens (NFTs)

verlangen sowohl vom nationalen als auch vom unionalen Gesetzgeber die Schaffung neuer

Regelungswerke. Zugleich tragen auch die Gerichte mit richtungsweisenden Entscheidungen

zur Fortentwicklung des Rechts bei. So markiert etwa das kürzlich ergangene Urteil des

Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) im Fall der "Klimaseniorinnen" einen

paradigmatischen Wandel, dessen Implikationen für das Öffentliche Recht gegenwärtig noch

ungewiss sind.

Eine Konstante bleibt jedoch bestehen. Die Fundamente des Öffentlichen Rechts sind die

unverzichtbaren Antworten des demokratischen Rechtsstaates auf die zentralen

gesellschaftlichen Fragen der Zeit: Gestern, heute und morgen.

Während die Verfassung die "Spielregeln" vorgibt, widerspiegeln sich diese Fundamente auch

im Vollzug der Verwaltung. Die Grundsätze der Verfassung dienen als Maßstab für das

verwaltungsrechtliche Handeln, wobei diese Grundsätze nicht nur in der geschriebenen

Verfassung, sondern auch in den einfachgesetzlichen Materiengesetzen und den

Verfahrensgesetzen zum Ausdruck kommen. So ergeben sich auch im Vollzug eine Vielzahl an

Fragestellungen, die uns Nachwuchswissenschaftler*innen die Gelegenheit bieten, den

⁴ Csuk/Poechhacker, Objektive Maschinen? Zum Potenzial der Objektivitätssteigerung bei rechtlichen

Entscheidungen durch KI, juridikum 2024, 235, abrufbar unter

https://doi.org/10.33196/juridikum202402023501; Hofer, Klimaschutz als Grundrecht: EGMR erkennt positive Klimaschutzpflichten an, RdU 2024, 136; Zwach, "Update Informationsfreiheit" - Ein

Judikaturüberblick zur Genese eines Rechts auf Informationszugang, JAP 2023/2024, 87.

Organisationskomitee

15. Tagung der österreichischen Assistent*innen des Öffentlichen Rechts Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft | Universität Graz aktuellen Stand der Forschung zu hinterfragen, Probleme (und Lösungsansätze) aufzuzeigen

und zukünftige Entwicklungen im öffentlichen Recht mitzugestalten.

In diesem Sinne laden wir zur 15. Tagung der österreichischen Assistent*innen im Öffentlichen

Recht vom 18. bis 20. September 2025 an der Universität Graz ein und freuen uns auf

zahlreiche Einreichungen.

Wir bitten um ein kurzes Abstract im Umfang von ca 500 Wörtern bis zum 31. März 2025 an

oeat2025@uni-graz.at. Sowohl interdisziplinäre Forschungsansätze als auch traditionelle

Themenfelder sind gleichermaßen willkommen. Eine Rückmeldung darüber, ob das

Vortragsthema angenommen wurde, erfolgt zeitnah nach Sichtung der Einreichungen. Im

Anschluss an die Tagung werden die Vorträge in einem Sammelband veröffentlicht.

Das Organisationskomitee der 15. ÖAT